

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Schaffung neuer Flüchtlingsunterkünfte im Land Bremen

Bis zu 100.000 Menschen werden nach Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2013 insgesamt nach Deutschland kommen und einen Erstantrag auf Asyl stellen.

Ein knappes Prozent würde laut Verteilungsschlüssel dem Land Bremen zugewiesen, von denen 20 Prozent in Bremerhaven leben sollen.

Hinzu kommt die von Bund und Ländern beschlossene Aufnahme von 5.000 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Syrien, die ab Juli 2013 als zusätzliches Kontingent aufgenommen werden. Bremen nimmt knapp 1 Prozent der in die Bundesrepublik einreisenden Personen auf, davon werden wiederum 20 Prozent nach Bremerhaven weitergeleitet.

Legt man die Entwicklung der ersten fünf Monate dieses Jahres zu Grunde, braucht die Stadtgemeinde Bremen allein im Jahr 2013 knapp 500 Plätze zusätzlich zu den 867 derzeit vorhandenen Plätzen. Aufgrund der hohen Verweildauer in den Einrichtungen, reichen die vorhandenen Kapazitäten nicht aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie ist derzeit die durchschnittliche Verweildauer von Flüchtlingen in den für sie eingerichteten Unterkünften im Land Bremen? Wir bitten den Senat um eine genaue Aufschlüsselung nach den einzelnen Unterkünften in Bremen und Bremerhaven.
2. Welche Immobilien in privater Hand, die für die angemessene Unterbringung von Flüchtlingen in Frage kommen, stehen derzeit im Land Bremen leer? Wir bitten um Auflistung der einzelnen Immobilien.
3. Wie hoch wäre für diese Immobilien der jeweilige Renovierungs- oder Sanierungsaufwand? Wir bitten um Aufschlüsselung nach einzelnen Immobilien.
4. Wie hoch wären die Mietkosten für diese Immobilien oder alternativ die Kosten eines Erwerbs? Wir bitten um Aufschlüsselung nach einzelnen Immobilien.
5. Welche öffentlichen Gebäude stehen derzeit in Bremen und Bremerhaven leer?
6. Welche dieser öffentlichen Immobilien wurden bereits auf ihre Nutzbarkeit für die angemessene Unterbringung von Flüchtlingen überprüft und zu welchen Ergebnissen ist man gekommen? Wir bitten um Aufschlüsselung nach einzelnen Immobilien.

7. Wie hoch wäre für diese Immobilien der jeweilige Renovierungs- oder Sanierungsaufwand? Wir bitten um Aufschlüsselung nach einzelnen Immobilien.
8. Welche Kosten entstehen bei der Unterbringung eines Flüchtlings in Modulbauten oder sogenannten Wohncontainern?
9. Wie viele Personen sollen in einem einzelnen Wohncontainer untergebracht werden?
10. Wie groß ist die Fläche in Quadratmetern, die einer einzelnen Person in einem solchen Wohncontainer zur Verfügung steht?
11. Wie ist ein Wohncontainer räumlich aufgeteilt?
12. Gibt es unterschiedliche Modelle, die z.B. speziell für die Unterbringung und damit verbundene räumliche Bedürfnisse von Familien geeignet sind?
13. Wie sind die Wohncontainer ausgestattet, sind die Sanitäranlagen separat untergebracht oder in den Wohncontainern verbaut?
14. Was kostet die durchschnittliche Unterbringung eines Flüchtlings
 - a) in öffentlichen Immobilien?
 - b) in privaten Immobilien?
15. Wie wird die Möglichkeit eingeschätzt kleinere Wohneinheiten für Flüchtlinge in privaten Immobilien mit den notwendigen Betreuungsangeboten einzurichten?
16. Können Mittel aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) oder andere Bundesmittel für den Bau und Ausbau von Flüchtlingsunterkünften abgerufen werden? Sind bereits und wenn ja wie viele Bundesmittel oder Fördermittel aus dem EFF für diese Zwecke abgerufen worden?

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.